

Nationaler Aktionsplan für Lebensmittelsicherheit

Bundesverbraucherschutzministerin Ilse Aigner hat den Nationalen Aktionsplan, der eine konsequente Umsetzung des EU-Aktionsplans und ein erweitertes Untersuchungsprogramm vorsieht, eine koordinierte, aktive Verbraucherinformation, eine europaweite Herkunftskennzeichnung auch für verarbeitete Fleischprodukte, vorgelegt:

1. In einem EU-weit koordinierten Untersuchungsprogramm werden Fleischprodukte auf die Beimischung nicht deklarierten Pferdefleisches untersucht. Gleichzeitig wird Pferdefleisch gezielt auf Rückstände von Tierarzneimitteln, die nicht für die Lebensmittelproduktion zugelassen sind, untersucht.
2. In Deutschland werden über die EU-Vorgaben hinaus zusätzliche Proben von Fleischerzeugnissen auch auf andere nicht deklarierte Fleischzutaten untersucht. Bund und Länder stellen gemeinsam das zusätzliche Untersuchungsprogramm auf.
3. Die Verbraucherministerinnen und -minister der Länder und des Bundes werden die Anforderung an die Eigenkontrollsysteme der Unternehmen, auch im Hinblick auf Täuschung und Irreführung bei Lebensmitteln, überprüfen.
4. Die Verbraucherministerinnen und -minister der Länder und des Bundes sprechen sich dafür aus, die Informationspflichten der Unternehmen zu überprüfen.
5. Bund und Länder stellen die verfügbaren Informationen über zurückgerufene Produkte in übersichtlicher Form zusammen und machen diese Informationen über eine zentrale Internetseite zugänglich. Ergänzend steht auch eine telefonische Hotline bereit.
6. Bund und Länder entwickeln die vorhandenen rechtlichen Regelungen zur Information von Verbraucherinnen und Verbraucher über beanstandete Produkte, Vertriebswege und Unternehmen weiter.
7. Das Bundesverbrauchermuseum prüft, wie wissenschaftsbasiert ein Frühwarnsystem entwickelt werden kann, das systemimmanente materielle Anreize zur Verbrauchertäuschung erkennt. Damit könnten Überwachungsbehörden in die Lage versetzt werden, proaktiv gegen vermutete Täuschungen aber auch gegen mit Täuschungen verbundene gesundheitliche Risiken bei der Produktion von Lebensmitteln vorzugehen.
8. Die Verbraucherschutzministerinnen und -minister der Länder und des Bundes sind sich einig, dass sich Täuschung bei Lebensmitteln nicht lohnen darf. Deshalb sollen der straf- und bußgeldrechtliche Sanktionsrahmen sowie die Schaffung praktikabler Möglichkeiten zur Abschöpfung von Unrechtsgewinnen, zum Beispiel in Anlehnung an das Kartellrecht, überprüft werden.
9. Die Herkunft der einzelnen Zutaten muss derzeit auf verarbeiteten Lebensmitteln nicht angegeben werden. Mit der EU-Lebensmittel-Informationsverordnung wurde die EU-Kommission beauftragt, bis Ende des Jahres 2013 einen Bericht vorzulegen, ob eine Herkunftskennzeichnung auch für Lebensmittel, bei denen Fleisch als Zutat verwendet wird, sinnvoll und machbar ist.
10. Immer mehr Verbraucher wollen höherwertige Lebensmittel aus der Heimat kaufen. Eine Umfrage im Auftrag des BMELV hat ergeben, dass es für 67 Prozent aller Verbraucher wichtig ist, dass Lebensmittel aus einer bestimmten Region kommen. Um regionale Kreisläufe zu fördern und auf den Verpackungen für mehr Transparenz zu sorgen, führen wir ein Regionalfenster ein, das mit einem Blick die Herkunft der wichtigsten Zutaten zeigt.




Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde!

in dieser Sitzungswoche des Deutschen Bundestages hat unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel eine Regierungserklärung zum vergangenen EU-Gipfel und seinen Ergebnissen abgegeben. Bei diesem EU-Gipfel haben sich die Staats- und Regierungschefs auf eine vernünftige Obergrenze des mittelfristigen Finanzrahmens von 960 Milliarden Euro verständigt. Der CDU geführten Bundesregierung ist es gelungen, zentrale Ziele bei den Verhandlungen umzusetzen, so wird die Obergrenze des Finanzrahmens entsprechend den Konsolidierungsmaßnahmen der EU-Länder zurückgefahren und die Prioritäten stärker auf Wachstum, Wettbewerb und Beschäftigung gelegt. Auch wird die Agrarförderung schrittweise umgebaut und mit Umwelanforderungen verbunden. Es wird erfreulicherweise zudem erheblich mehr in Bildung und Forschung und in die europäische Infrastruktur investiert. Ein weiteres richtiges und wichtiges Anliegen der Bundesregierung wurde bei dem EU-Gipfel außerdem auf den Weg gebracht, ein sechs Milliarden Euro Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Damit stellen wir uns der Verantwortung für eine gute Arbeitsperspektive unserer jungen EU-Bürger.

Dass der Finanzrahmen der EU erstmals kleiner ausfällt und geschrumpft ist, ist ein großer Erfolg für Angela Merkel und ihrer Politik. Damit senden wir ein starkes Signal für die Eurostabilität.

Viel Spaß beim weiteren Lesen wünscht

Ihr

Helmut Brandt MdB

Mehr Berücksichtigung von Qualität bei der Vergabe von Dienstleistungen

Es hat sich auch gezeigt, dass das bestehende Vergaberecht für die Beschaffung von Dienstleistungen, insbesondere sozialen Dienstleistungen, noch nicht durchgehend ein den Anforderungen der Praxis gerecht werdendes Instrumentarium bereitstellt.

So dürfen bieterbezogene Kriterien, wie Qualifikation und Fachkenntnisse der Ausführungskräfte, Erfahrung und Erfolge, stets nur im Rahmen der Mindestanforderungen an die Eignung der Bieter berücksichtigt werden, nicht aber in die Wertung der Angebote und damit in die Zuschlagsentscheidung einfließen. Auch ein über die Mindestanforderungen hinausgehendes „Mehr an Eignung“ darf bei der Zuschlagserteilung keine Rolle spielen.

Bei Dienstleistungen stehen aber persönlich auszuführende Leistungen im Vordergrund. Daher hat die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag einen Antrag in den Bundestag eingebracht, der die Bundesregierung auffordert, den nationalen Rechtsetzungsspielraum zu nutzen, um insbesondere bei sozialen Dienstleistungen die Berücksichtigung bieterbezogener Qualitätskriterien bei der Zuschlagserteilung stärker zu gewichten sowie auf europäischer Ebene sich für die Schaffung einer entsprechenden, für alle Dienstleistungen geltenden Regelung bei der anstehenden Reform der Vergaberichtlinien einzusetzen.

Unterkunft für Gast Schüler gesucht

Im Sommer werden wieder rund 250 junge Stipendiaten aus den USA für ein Schuljahr nach Deutschland kommen. Die Jugendlichen haben Stipendien für ein Austauschjahr im Rahmen des Parlamentarischen Patenschafts-Programms (PPP) erhalten, die der Deutsche Bundestag gemeinsam mit dem Kongress der USA an Schüler beiderseits des Atlantiks vergibt.



Derzeit werden daher auch wieder Gastfamilien in Deutschland für die Jugendlichen gesucht. Alle Stipendiaten werden von jeweils einem Bundestagsabgeordneten als Pate betreut. Auch Helmut Brandt engagiert sich seit vielen Jahren als Pate im PPP und bittet die Bürger in der StädteRegion, den interkulturellen Austausch als Gastfamilien zu unterstützen.

Die 15- bis 18-Jährigen Austauschschüler reisen im August oder September zu ihren Gastfamilien. Sie besuchen eine örtliche Schule, teilen den Familienalltag und lernen so die deutsche Kultur und Sprache kennen. Grundsätzlich ist jede Familie für die Aufnahme eines Austauschschülers geeignet - ob berufstätig, allein erziehend, ob mit Kindern oder ohne.

Familien und Paare, die Interesse haben, eine Schülerin oder einen Schüler für ein Jahr bei sich aufzunehmen, können sich bei der Austauschorganisation GIVE telefonisch unter 06221/ 389350 oder per E-Mail an info@give-highschool.de oder im Wahlkreisbüro melden.

Erfolgreiche Wissenschaftspolitik des Bundes fortsetzen

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit der neuen Bundesministerin Professor Johanna Wanka. Sie ist eine sehr erfahrene Wissenschaftspolitikerin, die maßgeblichen Anteil an der erfolgreichen Wissenschaftspolitik der Union in den Ländern hat. Daran wird sie nun als Bundesministerin nahtlos anknüpfen.

Annette Schavan gilt unser Dank für sieben herausragende Jahre als Bundesministerin für Bildung und Forschung. Sie hat der deutschen Wissenschaft zu einer Blüte verholfen, die in der Geschichte der Bundesrepublik ohne Beispiel ist. Der Aufwuchs des BMBF-Haushalts um über 80 Prozent seit 2005 bleiben untrennbar mit ihrem Namen verbunden.

Berechtigte Interessen fair zum Ausgleich bringen.

Die Bundesminister Altmaier und Rösler haben in der vergangenen Woche umfassende Vorschläge zur gerechten Verteilung von Nutzen und Kosten der Energiewende vorgelegt. Die Vorschläge sind so gut, dass weder Länder noch Opposition sie rundweg ablehnen konnten. SPD und Grüne können allerdings dem oppositionellen Reflex nicht widerstehen und kritisieren einzelne Bestandteile des Gesamtkonzepts – und machen damit nur deutlich, dass sie keinen Überblick über die komplexen Zusammenhänge haben.



Am schlimmsten ist, dass die Opposition mit ihrer Kritik den Sorgen und Nöten vieler Stromkunden nicht gerecht wird. Ihnen ist die blinde Subvention der Öko-Stromproduzenten lieber als die Bezahlbarkeit des Stroms oder die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. Wir dagegen wollen und werden mit unseren Vorschlägen einen fairen Interessensausgleich erreichen.

Impressum:

Ausgabe Nr.: 3 -31/13
22. Februar 2013

Helmut Brandt MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030 / 227-71472
Fax: 030 / 227-76471
E-Mail: helmut.brandt@bundestag.de

Wahlkreis:
Luisenstr. 41, 52477 Alsdorf
Tel.: 02404/557830,
Fax: 02404/673445
E-Mail: helmut.brandt@wk.bundestag.de

Internet: helmut-brandt.de

Foto: SCHAU.MEDIA / pixelio.de